

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

schlechte Zeiten für Oppositionspolitiker in Monheim, möchten man meinen.

Abgesehen davon, dass es in der Kommunalpolitik keine Oppositionspolitiker gibt und Vieles in parteiübergreifender konstruktiver Zusammenarbeit diskutiert und entschieden wird:

Monheim steht finanziell und auch in anderen Belangen hervorragend da, was zweifellos für alle Mitglieder dieses Rates, gleich welcher Couleur, unbestritten und äußerst erfreulich ist.

Schon im vergangenen Jahr war an dieser Stelle vom „Wunder von Monheim“ die Rede, wobei Wunder Phänomene sind, deren Ursachen sich uns nicht erschließen. Dies ist aber beim Monheimer Gewerbesteuerzuwachs mitnichten der Fall.

Und zum Ende des Jahres 2013 können wir feststellen, dass die Einnahmen noch deutlich höher ausfallen als für den Haushalt des zu Ende gehenden Jahres angenommen.

Der Haushaltsentwurf, über den wir heute abschließend zu befinden haben, weist im aktuellen Stand einen Überschuss von 21,5 Mio. € aus (bei 10 Mio weniger wären das immer noch 11,5 Mio) - und das trotz der bereits im ursprünglichen Entwurf enthaltenen sowie der im Zuge der Haushaltsplanberatungen hinzu gekommenen Erleichterungen und Verbesserungen für jetzige und zukünftige Bürgerinnen und Bürger - und auch trotz der Solidaritätsumlage.

Bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs musste noch davon ausgegangen werden, dass der Anteil von Monheim an der Solidaritätsumlage des Landes Nordrhein-Westfalen 46,5 Mio. € betragen würde. Zwischenzeitlich standen sogar 47 Mio. € im Raum, die dann mit dem mittlerweile gefällten Beschluss des Landtages auf 23,5 Mio. € halbiert wurden. Über die Gesamtlaufzeit betrachtet ist die Halbierung eine Mogelpackung, aber für den konkreten Betrag im kommenden Jahr trifft sie erstmal zu.

„Auf Grund der durch das Land auferlegten Solidaritätsumlage in Höhe von 46,5 Mio. Euro allein für das Jahr 2014 drohte“ ich zitiere aus dem Haushaltsplanentwurf, gelbe Seite 15 „bei bis dahin kalkulierten Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 190 Mio. Euro ein Haushaltsdefizit.“ Zitat Ende

Betonung liegt auf der Vergangenheitsform „drohte“. Siehe oben.

Was von einer Umlage zu halten ist, die dafür gesorgt hätte, dass sogar die rechnerisch reichste Gemeinde des Landes ohne drastische Maßnahmen keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte, müssen wir in diesem Zusammenhang nicht erneut diskutieren. Daran ändert auch nichts, dass diese Umlage der Einfachheit halber angeblich halbiert wurde statt sie grundsätzlich zu hinterfragen.

Der Eindeutigkeit halber an dieser Stelle erneut: Auch die Grünen in Monheim halten die juristische Klärung der Solidaritätsumlage für unbedingt erforderlich und unterstützen die entsprechende Klage.

Doch zurück zum Haushaltsentwurf, in dem es weiter heißt: „Um dieses drohende Defizit abzuwenden, wurde die erfolgreiche Steuerpolitik, die mit der letzten

Gewerbsteuerhebesatz-Senkung ab dem Steuerjahr 2013 umgesetzt wurde, weiterentwickelt und das Phänomen sinkender Abschöpfungseffekte bei steigenden Gewerbesteuermessbeträgen herangezogen. Dies führte zu einem neuen Gewerbesteuerhebesatz von nunmehr 285 %- Punkten.“ Zitat Ende. Erläutert wird das genannte Phänomen nicht näher.

Dadurch sollen die Gewerbesteuereinnahmen um 10 Mio. € auf 200 Mio € gesteigert werden.

Grund für die beabsichtigte Absenkung war also die Belastung durch die Solidaritätsumlage! Im Folgenden wird im Haushaltsentwurf ausgeführt, dass Monheim durch den geringeren Steuersatz für weitere Unternehmen sehr attraktiv wird. Es werden aber nur Vorteile und Chancen genannt. Nachteile und Risiken werden nicht erwähnt, obwohl eine solche Abwägung üblich und erforderlich wäre. Sie sind nämlich durchaus vorhanden – und zwar in erheblichem Umfang.

Um die Einnahmen trotz eines geringeren Hebesatzes zu steigern, muss zunächst der Verlust bei den vorhandenen Unternehmen ausgeglichen werden und der ist, anders als vor 2 Jahren, erheblich, da wir ja bekanntlich bereits über stattliche Einnahmen verfügen. Ein Risiko ist das in der Tat nicht, sondern eine logische Konsequenz.

Nicht ganz so offensichtlich ist, dass durch von 190 auf 200 Mio. € steigende Einnahmen bei einem von 300 auf 285 % sinkenden Gewerbesteuerhebesatz die fiktiven Einnahmen, die die Grundlage für die Gewerbesteuer- und Kreisumlage sowie für die umstrittene Solidaritätsumlage sind, um ca. 28 Mio €, also fast das 3-fache der geplanten Steigerung der tatsächlichen Einnahmen, steigen. Dass dadurch die entsprechenden Abführungen in den kommenden Jahren überproportional steigen, ist ebenfalls kein Risiko, sondern eine Tatsache. Je nach der zukünftigen Entwicklung der Umlagen und anderer Größen ist der Betrag der entsprechenden Abführung höher als die Steigerung der entsprechenden Einnahmen aus dem Vorjahr – nicht fiktiv, sondern tatsächlich! Um das auszugleichen, müssten wir von Jahr zu Jahr mehr einnehmen. Wie lange soll das gutgehen?

Und nun kommen wir zu einem tatsächlichen Risiko: Wenn nämlich, was aus verschiedenen Gründen ja durchaus denkbar ist, die Gewerbesteuereinnahmen nicht steigen, sondern einbrechen sollten, müssen wir trotzdem im Folgejahr Umlagen auf Grundlage der hohen fiktiven Einnahmen bezahlen, bei der besonders teuren Kreisumlage sogar mit 1 1/2 Jahren Verzögerung.

Aus gutem Grund sieht die Anlagerichtlinie, die wir soeben beschlossen haben, bei den aktuellen Werten eine sogenannte Liquiditätsreserve in Höhe von ca. 140 Mio. € vor, um eben dieses Risiko abzusichern und um zu verhindern, dass wir bei einem Wegfall eines erheblichen Teils der Gewerbesteuereinnahmen möglicherweise größere finanzielle Probleme bekämen als wir sie in unseren schlechtesten Zeiten hatten.

Nun hat der Landtag ja, wie bekannt und bereits erwähnt, die Solidaritätsumlage vor dem Hintergrund der massiven Proteste und angekündigter Klagen der sog. Geberkommunen die Solidaritätsumlage deutlich gesenkt, so dass trotz der beschlossenen Mehrausgaben bei einer Beibehaltung des bewährten Hebesatzes von 300 % kein Defizit, sondern ein Überschuss entstehen würde.

Was liegt also näher als der Verzicht auf die Absenkung des Hebesatzes, da ja auch schon der bestehende Satz äußerst erfolgreich ist und zu einer erheblichen Attraktivität unserer Stadt für potente Steuerzahler geführt hat?

Merkwürdigerweise hält aber außer uns Grünen keine andere Fraktion diese Idee auch nur für erwägenswert, obwohl Zweifel am Sinn einer weiteren Absenkung ohne Not durchaus am Platze sind.

Was machen wir denn, wenn beispielsweise das demnächst aus gutem Grund anzurufende Verfassungsgericht entscheiden sollte, dass die Solidaritätsumlage gar keine so schlechte Idee sei, aber die wirklich reichen Städte wie Monheim stärker und die Geber-Kommunen, die durch die Solidaritätsumlage perverserweise selbst in ein Haushaltssicherungskonzept oder einen Nothaushalt gezwungen werden, weniger zu belasten sind?

Oder wenn andere Kommunen durch Abwanderung oder Verluste wichtiger Gewerbesteuerzahler in die Lage kommen, in der wir vor wenigen Jahren waren und ihrerseits den Hebesatz auf unser Niveau oder noch tiefer senken und damit in der gleichen Liga spielen wie wir?

Den Hebesatz weiter senken? Geht bei 285 % nicht mehr. Jedenfalls wurde uns bei Einbringung des Haushaltsentwurfs vorgerechnet, dass dies der niedrigste noch sinnvolle Satz sei.

Den Hebesatz erhöhen? Geht auch nicht, da wir dann Vertrauen wichtiger Steuerzahler missbrauchen würden und diese dann zumindest teilweise genauso schnell wieder weg wären, wie sie gekommen sind. Flexible Einheiten eben.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer-Umlage zu erhöhen, an der unser Anteil im Landesdurchschnitt bislang kontinuierlich sinkt, indem wir uns für einkommenstarke Neubürger attraktiver machen? Geht, ist aber ein langwieriges Unterfangen und kann Verluste bei der Gewerbesteuer nicht ansatzweise ausgleichen, da die Einnahmen aus der Einkommensteuer für Monheim insgesamt weniger als 10 % der Gewerbesteuereinnahmen ausmachen.

Also legen wir dann die Hände in den Schoß und beten, dass unsere Rücklage ausreicht. Beten passt zwar gut in die Weihnachtszeit, ist aber politisch kein probates Mittel.

Deshalb plädieren wir dafür, die äußerst erfolgreiche Politik der vergangenen beiden Jahre fortzusetzen und bei dem bewährten Gewerbesteuer-Hebesatz von 300 % zu bleiben, anstatt ihn ohne Not weiter zu senken. Denn die daraus entstehenden Mehrbelastungen wollen erst einmal erwirtschaftet werden. Hier muss kein Risiko eingegangen werden.

Einem Hebesatz von 285 % werden wir daher nicht zustimmen und einem Haushalt, in dem dieser Satz ein wichtiges Element ist, ebensowenig - auch wenn der Haushalt ansonsten viele Elemente enthält, denen wir gerne zustimmen würden, zum Beispiel und ohne Anspruch auf Vollständigkeit

- den Einstieg in das Projekt "Fahrradfreundliche Stadt" auf Grundlage eines Antrags der Grünen
- die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts, ebenfalls auf Grundlage eines Antrags der Grünen
- die Durchführung der "Klimawerkstatt - Umweltexperimente für Zukunftsforscher" vom 18. Januar bis zum 25. Februar in der VHS – auch dies auf Initiative der Grünen.
- die Etablierung des „Kulturplatzes Monheim“, das unterstützungsberechtigten Bürgerinnen und Bürgern den kostenfreien Besuch von Kulturveranstaltungen ermöglicht – auf Antrag der Grünen!
- die Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten und Ogata- Betreuung
- die Reduzierung der Elternbeiträge zur Ogata- Verpflegung
- die Senkung der Grundsteuer B
- die Attraktivierung der Ortskerne von Monheim und Baumberg und Schaffung einer höheren Aufenthaltsqualität

- die Umsetzung der ersten Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept
Leider findet sich im Tourismuskonzept das Thema Grüne Acht trotz des einstimmigen Beschlusses des Rates vom 26.09.2012 nicht wieder.
 - die Zukunftswerkstatt für das Berliner Viertel
 - den Einstieg in den Umbau und die Verbesserung der Ausstattung der Feuerwehr. Auf Grund der Erreichbarkeit für die freiwilligen Feuerwehrleute und der damit verbundenen größeren Sicherheit für die Bevölkerung ist offensichtlich der Umbau am bestehenden Standort die bessere Lösung als ein Neubau an einem anderen Standort, auch wenn dort baulich mehr Möglichkeiten bestehen und die Anwohner weniger belästigt würden. Die Übungsfläche wird allerdings an der Paul-Lincke-Straße nicht ausreichen, so dass sie an einer anderen Stelle gesichert werden muss.
 - den Neubau der Musik- und Kunstschule
 - die Reduzierung der Bibliotheksgebühren mit der Beitragsfreiheit für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 12. Lebensjahr. Einen Antrag auf Beitragsfreiheit für Kinder und Jugendliche hatten die Grünen bereits 2012 eingebracht, seinerzeit noch ohne Erfolg
 - das Angebot von zusätzlichen Sprachkursen zur besseren Integration von Asylbewerbern
 - die Schaffung eines dauerhaften Standortes für den Abenteuerspielplatzes und die Erhöhung des Zuschusses
 - die Planung und Durchführung von konkreten Maßnahmen auf Grundlage des Integrationskonzeptes
 - die Maßnahmen zur Optimierung der Schulen und der Gebäude
 - die Weiterführung der Schulsozialarbeit
- und wir begrüßen natürlich, dass der Haushalt trotz all dieser Maßnahmen mit einem Überschuss abschließt.

Bedauerlicherweise wird allerdings nicht überall konsequent das Ziel verfolgt, unsere Stadt nachhaltig für jetzige und zukünftige Bürger attraktiv zu machen.

So haben beispielsweise erste Kostenermittlungen für Maßnahmen zur Barrierefreiheit der VHS ergeben, dass allein für entsprechende Aufzüge u.ä. Kosten in Höhe von 360.000,00 € anfallen würden. „Mit diesen Maßnahmen gehen“ wie das Gebäudemanagement in der entsprechenden Vorlage ausgeführt hat, „teilweise weitere erforderliche Maßnahmen einher, die derzeit ohne detaillierte Planungen (Vor- und Entwurfsplanungen) nicht bzw. nur teilweise absehbar, erkennbar und bewertbar sind“. Klingt kompliziert und heißt anders formuliert: Es werden Folgekosten aus statischen, brandschutztechnischen und baurechtlichen Gründen entstehen, die die Gesamtkosten mit Sicherheit erheblich und wahrscheinlich um ein Vielfaches erhöhen werden.

Im Ergebnis würde voraussichtlich ein kernsaniertes Gebäude stehen, das immer noch auf Kenntnissen und Vorstellungen einer Zeit beruhen würde, in der beispielsweise heute neue Medien noch völlig unbekannt waren und in der niemand einen Gedanken darauf verschwendet hat, dass ein kompaktes Gebäude Energie einsparen könnte. Man kann das Gebäude sicher energieeffizienter ausstatten als es heute ist, die Geometrie im Bestand aber nicht grundlegend ändern.

Der grüne Antrag, 30.000 € in den Haushalt einzustellen, um belastbar untersuchen zu können, ob ein Neubau mit einem auch kulturell, pädagogisch und energetisch zukunftsweisenden Konzept eine Alternative sein konnte, wurde im Planungsausschuss nahezu einstimmig abgelehnt. Statt dessen gaben sich einige Ausschussmitglieder allen Ernstes der Illusion hin, dass mit den genannten 360.000 € alles gut würde, obwohl das Gebäudemanagement in der Sitzung erneut eindeutig dargestellt hatte, dass dies nicht der Fall sein wird. Das wollte aber niemand hören.

Immerhin wurde eine Zielvereinbarung beschlossen, auf deren Grundlage 2015 Sanierung und Neubau verglichen werden können.

Bereits im September 2012 hatten wir beantragt, ein zukunftsweisendes Konzept für ein Kulturzentrum zu entwickeln, seinerzeit noch unter Einbeziehung der Kunst- und Musikschule, die ja jetzt nicht integriert, aber gleichwohl in einem beispielgebenden Gebäude untergebracht wird.

Wir werden weiter das Ziel verfolgen, Bildung und Kultur auch mit einem angemessenen Gebäude den Stellenwert zu verleihen, der erforderlich und insbesondere vor dem Hintergrund unserer finanziellen Situation auch realistisch ist.

Auch der Schutz des Klimas, sowohl in unserer Stadt als auch im größeren Maßstab, wird in Zukunft neben anderen Punkten weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben.

Wir sind hier sehr gespannt auf die bevorstehende Vorstellung des Klimaschutzkonzepts. Wir hoffen auf größeres Interesse auch der Mitglieder dieses Rates, als sich dies z.B. in den Workshops zum Klimaschutzkonzept widerspiegelte, in denen unsere Fraktion teilweise die absolute Mehrheit der Vertreter aus der Politik hatte.

Bei der weiteren Gestaltung unserer Stadt, insbesondere bei größeren Baumaßnahmen wie dem Waldbeerenberg, früher Baumberg-Ost, sind kleinklimatische Aspekte wie Kalt- und Frischluftschneisen in weit stärkerem Maß als bislang zu beachten. Je dichter die Bebauung wird, desto größer die Bedeutung solcher Aspekte.

Auch durch energie- und rohstoffsparende Maßnahmen in und an städtischen Liegenschaften als auch durch Information und Motivation der Bürgerinnen und Bürger müssen wir unserer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht werden. Hierzu erhoffen wir vom Klimaschutzkonzept richtungweisende Denk- und Handlungsansätze.

Ein weiteres wichtiges Thema wird für uns die Nahmobilität bleiben.

Auch hier wurde mit dem Einstieg in das Projekt „Fahrradfreundliche Stadt“ eine unserer Anregungen aufgegriffen.

Monheim hat schon durch seine überschaubare Größe hervorragende Voraussetzungen dafür, die innerstädtischen Wege weitgehend mit dem Fahrrad, mit oder ohne elektrische Unterstützung, zurück zu legen. Um diese Chance auch optimal zu nutzen, ist eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen, die nicht nur aus geeigneten und gefahrlosen Straßen und Wegen, sondern auch aus sicheren Abstellmöglichkeiten, zumindest teilweise mit Ladestationen für E-Bikes u.a. besteht.

Wie wir mit Freude zur Kenntnis genommen haben, wird Monheim auch ein Teil des überregionalen Schnellverbindungs-Netzes für Fahrräder werden. Eine Chance, die wir nutzen müssen.

Zur Nahmobilität gehört selbstverständlich auch die Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs, auch im Zusammenspiel mit dem Fahrradverkehr, denn die beiden Fortbewegungsformen müssen nicht als Konkurrenz, sondern als sich ergänzende Aspekte des selben Themas betrachtet werden, z.B. durch Abstellmöglichkeiten am Busbahnhof.

Zur Entlastung der Opladener Straße halten wir beispielsweise für den richtigen Weg, eine Alternative im ÖPNV zu schaffen statt eine zusätzliche Straßenverbindung für den Individualverkehr, die letztlich nur für mehr Verkehr und damit mehr Lärm und mehr Schmutz sorgt.

Keine Alternative ist hier natürlich, wenn der Bus im selben Stau steht wie die PKW. Wenn eine eigene Busspur auf der Opladener Straße nicht funktioniert, wäre eine nur für den ÖPNV nutzbare Verbindung zur Alfred-Nobel-Straße in Betracht zu ziehen.

Für sehr sinnvoll halten wir auch, gerade auch im Zusammenhang mit dem Tourismuskonzept, die Anbindung nicht nur der Altstadt, sondern auch des Rheinvorlands mit dem neu zu gestaltenden Rheinbogen sowie dem möglicherweise demnächst offiziellen Weltkulturerbe Haus Bürgel.

Dass eine ähnliche Verbindung 1994 eingestellt wurde, kann 20 Jahre später kein Argument dagegen sein.

Dies nur als Beispiele, da ich hier weder ein funktionierendes Nahverkehrskonzept noch unser Wahlprogramm vortragen, sondern zum Schluss kommen möchte.

Abschließend sagen wir Monheimer Grüne noch einmal, warum wir den Haushalt trotz vieler guter Inhalte ablehnen müssen:

Wir brauchen keine Gewerbesteuerabsenkung auf 285 %.

Wir brauchen sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht, denn wir stehen jetzt und perspektivisch sehr gut da.

Wir brauchen sie nicht als weitere PR-Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung, denn der Zustrom von Betrieben nach Monheim ist in vollem Gang und wird auch bei Beibehaltung des gegenwärtigen Steuersatzes nicht versiegen.

Wir brauchen sie auch nicht, weil unsere wirtschaftliche Lage nach einem ökonomischen Gesundungsprozess mehr als auskömmlich ist.

Wir lehnen sie ab, da wir uns unnötige Mehrbelastungen und Risiken aufbürden.

Deshalb sagen wir nein zu einem Haushalt, der ohne Not noch Notwendigkeit den Gewerbesteuer-Hebesatz senkt.

Wir hätten gerne ja zu einem Haushalt gesagt, der auch bei einem Hebesatz von 300 % kurz-, mittel- und langfristig all das umsetzen kann, was in ihm steht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.